

BFH – Anhängige Verfahren

AO § 122 Abs 1 S 1:

Negativer Feststellungsbescheid, Bekanntgabe

Bundesfinanzhof Az: IX R 2/26

Sind negative Feststellungsbescheide, die nicht Erstbescheide sind, im Wege der Einzelbekanntgabe an die Gesellschafter bekanntzugeben, wobei die positiven Feststellungsbescheide als Erstbescheide jeweils an einen gemeinsamen Empfangsbevollmächtigten bekanntgegeben wurden?

AO § 173 Abs 1 Nr 2:

Neue Tatsache, Fehler, Verlust, Bescheinigung, Grobes Verschulden

Bundesfinanzhof Az: VIII R 4/26

1. Ist ein unbewusster oder irrtümlicher mechanischer Fehler des Steuerpflichtigen in Gestalt der fehlerhaften Ablage einer Verlustbescheinigung stets auszuschließen, weil der Steuerpflichtige die Bescheinigung fristgebunden und bewusst für einen bestimmten Veranlagungszeitraum beantragen muss, um die Verluste in der Veranlagung ausgleichen zu können oder gesondert feststellen zu lassen?
2. Kann dabei aus dem späteren Verlieren, Verlegen oder Vergessen der Verlustbescheinigung geschlossen werden, dass der Steuerpflichtige grob fahrlässig gehandelt hat?

AO § 233a Abs 5 S 3:

Zinsfestsetzung, Hinzurechnung, Zahlungsverjährung, Erlöschen

Bundesfinanzhof Az: V R 43/25

Zahlungsverjährte Zinsen als festzusetzende Zinsen i.S. des § 233a Abs. 5 Satz 3 AO
Sind Nachzahlungszinsen aus ursprünglichen Zinsfestsetzungen im Rahmen geänderter Zinsfestsetzungen den Erstattungszinsen für die Unterschiedsbeträge gemäß § 233a Abs. 5 Satz 3 AO (gemindert) als bisher festzusetzende Zinsen auch dann hinzuzurechnen, wenn für die Erhebung der ursprünglich festgesetzten Nachzahlungszinsen Zahlungsverjährung eingetreten ist?

AO § 233a Abs 8:

Nachzahlungszinsen, Beginn, Zinslauf, Zeitraum

Bundesfinanzhof Az: X R 21/25

Wie ist der Zeitraum zu bestimmen, für den Nachzahlungszinsen gemäß § 233a Abs. 8 AO zu erlassen sind, wenn zwischen dem Beginn des Zinslaufs der Zinsen (§ 233a Abs. 2 AO i.V.m. Art. 97 § 36 Abs. 2 Satz 1 EGAO) und der vom Steuerpflichtigen geleisteten Zahlung auf die erwartete Einkommensteuerschuld kein voller Zeitmonat vergangen war?

AO § 37 Abs 2:

Kindergeld, Anrechnung, Ausland, Erstattung, Ausländische Familienleistung

Bundesfinanzhof Az: III R 53/25

Führt die Entscheidung des EuGH vom 25.4.2024 - C-36/23 dazu, dass die Festsetzung des Kindergeldes unter Anrechnung der zustehenden ausländischen Familienleistungen zu erfolgen hat und lediglich im Erhebungsverfahren keine Erstattung nach § 37 Absatz 2 AO gegenüber der kindergeldberechtigten Person beansprucht werden kann?

AO § 60a:

Gemeinnützigkeit, Steuerberatung, Feststellung

Bundesfinanzhof Az: VII R 1/26

Besteht für einen Verein, welcher den Betrieb einer Tax Law Clinic beabsichtigt, ein Anspruch auf Feststellung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach § 60a Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 AO?

BewG § 157 Abs 3:

Grunderwerbsteuer, Grundbesitzwert, Altlasten, Gemeiner Wert

Bundesfinanzhof Az: II R 47/25

Zur Ermittlung des Grundbesitzwerts eines mit Altlasten verunreinigten Grundstücks für Zwecke der Grunderwerbsteuer bei Anteilsvereinigung/-übertragung.

BewG § 157 Abs 3:

Grunderwerbsteuer, Grundbesitzwert, Altlasten, Gemeiner Wert

Bundesfinanzhof Az: II R 48/25

Zur Ermittlung des Grundbesitzwerts eines mit Altlasten verunreinigten Grundstücks für Zwecke der Grunderwerbsteuer bei Anteilsvereinigung/-übertragung.

DBA USA Art 7 Abs 1:

Doppelbesteuerung, Besteuerungsrecht, Gewerblicher Gewinn, Vermögensverwaltende Gesellschaft

Bundesfinanzhof Az: I R 30/24

DBA-USA: Kein "gewerblicher Gewinn" nach DBA aus einer ausländischen vermögensverwaltenden Gesellschaft, falls sich die Einkünfte des inländischen Gesellschafters nach § 18 Abs. 1 Nr. 4 EStG ("Carried Interest") qualifizieren?

EGV 987/2009 Art 60 Abs 3:

Kindergeld, Antrag, Ausland, Anrechnung, Ausländische Familienleistung, Erstattung

Bundesfinanzhof Az: III R 31/25

1. Muss die Familienkasse aufgrund des Art. 60 Absatz 3 Unterabsatz 2 VO (EG) 987/2009 das Kindergeld endgültig ohne Anrechnung potentieller ausländischer Ansprüche auf Familienleistungen festsetzen, wenn der Träger, an den der Antrag weitergeleitet wurde, nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags Stellung nimmt?
2. Führt die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache C-36/23 vom 25.04.2024 dazu, dass die Festsetzung des Kindergeldes unter Anrechnung der zustehenden ausländischen Familienleistungen zu erfolgen hat und lediglich im Erhebungsverfahren keine Erstattung nach § 37 Absatz 2 AO gegenüber der kindergeldberechtigten Person beansprucht werden kann?

EStG § 20 Abs 1 Nr 1 S 2:

Kapitalertragsteuer, Verdeckte Gewinnausschüttung, Bewertung, Gleichbehandlungsgrundsatz

Bundesfinanzhof Az: VIII R 21/25

Bewertung einer verdeckten Gewinnausschüttung aufgrund der Übertragung eigener Anteile einer GmbH auf ihren Alleingesellschafter

Sind das Gebot der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die besonderen rechtlichen Gegebenheiten bei einem solchen Erwerbsvorgang zu beachten, so dass eine Bewertung mit 0 € vorzunehmen sein kann, weil sich aus Sicht eines fiktiven objektiven Empfängers ein werthaltiges Wirtschaftsgut (hier: eigene Anteile der GmbH) für den tatsächlichen Empfänger als wertlos oder weniger werthaltig darstellt?

EStG § 20 Abs 1 Nr 6:

Rentenversicherung, Ertragsanteil, Rückwirkung, Verfassungsmäßigkeit, Vertrauensschutz

Bundesfinanzhof Az: VIII R 1/26

1. Sind Rentenzahlungen aus einem vor dem 01.01.2005 abgeschlossenen, begünstigten Versicherungsvertrag mit Kapitalwahlrecht auch nach der Änderung des § 52 Abs. 28 Satz 5 EStG durch das JStG 2004 insgesamt den Einkünften aus Kapitalvermögen im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG 2004 zuzuordnen und unter den Voraussetzungen des § 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 2 EStG 2004 steuerfrei, soweit die Summe der ausgezahlten Rentebeträge das in der Ansparzeit angesammelte Kapitalguthaben einschließlich der Überschussanteile nicht übersteigt?

2. Ist die in der Regelung des § 52 Abs. 28 Satz 5 EStG enthaltene echte Rückwirkung verfassungswidrig und verstößt gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz?

EStG § 21 Abs 1 S 2:

Vermietung und Verpachtung, Einlageminderung, rückwirkendes Ereignis, Änderungsbefugnis

Bundesfinanzhof Az: IX R 21/25

Gewinnhinzurechnung aufgrund Einlageminderung nach § 15a des Einkommensteuergesetzes (EStG) bei einer entprägten KG

Muss bei einer KG, die von gewerblichen Einkünften auf Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung wechselt, das bisher aufgebaute negative Kapitalkonto des Kommanditisten bei der Anwendung des § 15a EStG weiter berücksichtigt werden?

Ist der bei der Entprägung einer gewerblich geprägten KG entstehende Verlust bei der Berechnung einer Gewinnhinzurechnung nach § 15a Abs. 3 Satz 2 EStG in die Summe der ausgleichs- oder abzugsfähigen Verluste einzubeziehen?

Liegt ein rückwirkendes Ereignis nach § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 der Abgabenordnung vor, wenn ein finanzgerichtliches Urteil nachträglich statt eines Entprägungsgewinns einen Entprägungsverlust feststellt und dadurch rückwirkend die Höhe des Kapitalkontos des Kommanditisten ändert?

ESTG § 23 Abs 1 S 1 Nr 1:

Doppelbesteuerung, Besteuerungsrecht, Veräußerungsgewinn, Niederlande

Bundesfinanzhof Az: I R 1/26

Zur tatsächlichen Besteuerung von Veräußerungsgewinnen im Hinblick auf die Box-3-Besteuerung in den Niederlanden.

ESTG § 3 Nr 11:

Steuerbefreiung, Jugendhilfe, Pflege

Bundesfinanzhof Az: VIII R 3/26

Zu den Voraussetzungen der Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 11 EStG im Zusammenhang mit den Unterbringungsformen nach § 33 und § 34 SGB VIII

ESTG § 32 Abs 4 S 1 Nr 2 Buchst c:

Kindergeld, Beschäftigungsverbot, Ausbildung

Bundesfinanzhof Az: III R 26/25

Besteht für den Zeitraum von September 2020 bis April 2021 ein Anspruch auf Kindergeld, wenn das Kind aufgrund einer Schwangerschaft und coronabedingter Einschränkungen im September 2020 ein Beschäftigungsverbot erhielt, aber bereits seit Juni 2020 keine Nachweise über Bewerbungen einreichte und im August 2020 von der Agentur für Arbeit ohne Mitteilung an die Antragstellerin als ausbildungssuchend abgemeldet wurde?

ESTG § 4j Abs 1 S 1:

Betriebsausgabe, Regelbesteuerung, Lizenz, Rechteüberlassung, Nahestehende Person

Bundesfinanzhof Az: I R 29/25

Betriebsausgabenabzug für Lizenzzahlungen an eine Schweizer Zweigniederlassung einer zypriotischen Schwestergesellschaft:

Ist das Tatbestandsmerkmal "einer von der Regelbesteuerung abweichenden niedrigeren Besteuerung" (§ 4j Abs. 1 Satz 1 EStG) eng oder weit auszulegen?

ESTG § 5b Abs 1:

Bilanz, Elektronische Übermittlung, Atypische stille Gesellschaft, Mitunternehmerschaft, GmbH & Still

Bundesfinanzhof Az: IV R 15/25

Ist eine atypisch stille Gesellschaft (GmbH & atypisch Still) zur Abgabe einer E-Bilanz verpflichtet, und ist die Aufforderung zu deren Abgabe gegebenenfalls an die GmbH als Inhaberin des Handelsgewerbes oder aber an die atypisch stille Gesellschaft selbst zu richten?

ESTG § 7g Abs 1 S 1:

Investitionsabzugsbetrag, Photovoltaik, Gewerbebetrieb, Privatnutzung

Bundesfinanzhof Az: III R 39/25

Investitionsabzugsbetrag für die Anschaffung einer häuslichen PV-Anlage

Ist die Berücksichtigung eines Investitionsabzugsbetrags (in 2021) für eine häusliche Photovoltaikanlage auch dann zulässig, wenn die Anlage aufgrund der weit überwiegenden

Nutzung zur Stromproduktion für den privaten Verbrauch im maßgeblichen Zeitraum nicht (fast) ausschließlich betrieblich genutzt wird?

FGO § 52d S 2:

Elektronische Übermittlung, Steuerberater, Telefax

Bundesfinanzhof Az: IX R 1/26

Ist die per Telefax eingereichte Klage eines Steuerberaters in eigener Sache unzulässig, da der in § 52d Satz 2 der Finanzgerichtsordnung verwendete Berufsträgerbegriff statusbezogen auszulegen ist?

GewStG § 9 Nr 7 S 2:

Gewerbesteuer, Kürzung, Dividende, Organgesellschaft

Bundesfinanzhof Az: I R 28/25

Sind Finanzierungsaufwendungen für den Erwerb der Beteiligung an der dividendenausschüttenden Gesellschaft unter den Begriff "im unmittelbaren Zusammenhang mit Gewinnanteilen stehende Aufwendungen" im Sinne des § 9 Nr. 2a Satz 3 (bzw. Nr. 7 Satz 2 i.V.m. Nr. 2a Satz 3) GewStG zu fassen?

HGB § 249:

Rückstellungen, Zuführung, Pensionskasse

Bundesfinanzhof Az: IX R 26/25

Widersprechen nachträglich und zusätzlich vorgenommene Pauschalzuführungen zu den Deckungsrückstellungen einer Pensionskasse den handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften, sodass sie infolge objektiver Fehlerhaftigkeit nicht in die Steuerbilanz übernommen werden dürfen?

KN Pos 3006:

Einreihung, Tarif, Auslegung, Verbindliche Zolltarifauskunft

Bundesfinanzhof Az: VII R 3/26

Streitig ist, ob ein Erzeugnis, welches als Zahnfüllstoff verwendet wird und aus den Warenbestandteilen "Edelmetallmischung"(Silber, Zinn, Kupfer) sowie Quecksilber besteht, in die Pos. 2843 KN oder in die Pos. 3006 KN einzureihen ist.

Ist die Auflösung einer Positionskonkurrenz durch die ergänzende Anwendung der Anmerkungen 1B und 3 zu Abschnitt VI zulässig, sodass die Ware in Pos. 2843 KN einzureihen ist?

Ist es ausreichend, dass nur ein Bestandteil der Wareneinzelstellung zu Abschnitt VI gehört?

KN Pos 3006:

Einreihung, Tarif, Auslegung, Verbindliche Zolltarifauskunft

Bundesfinanzhof Az: VII R 4/26

Streitig ist, ob ein Erzeugnis, welches als Zahnfüllstoff verwendet wird und aus den Warenbestandteilen "Edelmetallmischung"(Silber, Zinn, Kupfer) sowie Quecksilber besteht, in die Pos. 2843 KN oder in die Pos. 3006 KN einzureihen ist.

Ist die Auflösung einer Positionskonkurrenz durch die ergänzende Anwendung der Anmerkungen 1B und 3 zu Abschnitt VI zulässig, sodass die Ware in Pos. 2843 KN einzureihen ist?

Ist es ausreichend, dass nur ein Bestandteil der Warenszusammenstellung zu Abschnitt VI gehört?

KN Pos 3006:

Einreihung, Tarif, Auslegung, Verbindliche Zolltarifauskunft

Bundesfinanzhof Az: VII R 5/26

Streitig ist, ob ein Erzeugnis, welches als Zahnfüllstoff verwendet wird und aus den Warenbestandteilen "Edelmetallmischung"(Silber, Zinn, Kupfer) sowie Quecksilber besteht, in die Pos. 2843 KN oder in die Pos. 3006 KN einzureihen ist.

Ist die Auflösung einer Positionskonkurrenz durch die ergänzende Anwendung der Anmerkungen 1B und 3 zu Abschnitt VI zulässig, sodass die Ware in Pos. 2843 KN einzureihen ist?

Ist es ausreichend, dass nur ein Bestandteil der Warenszusammenstellung zu Abschnitt VI gehört?

KN Pos 3006:

Einreihung, Tarif, Auslegung, Verbindliche Zolltarifauskunft

Bundesfinanzhof Az: VII R 6/26

Streitig ist, ob ein Erzeugnis, welches als Zahnfüllstoff verwendet wird und aus den Warenbestandteilen "Edelmetallmischung"(Silber, Zinn, Kupfer) sowie Quecksilber besteht, in die Pos. 2843 KN oder in die Pos. 3006 KN einzureihen ist.

Ist die Auflösung einer Positionskonkurrenz durch die ergänzende Anwendung der Anmerkungen 1B und 3 zu Abschnitt VI zulässig, sodass die Ware in Pos. 2843 KN einzureihen ist?

Ist es ausreichend, dass nur ein Bestandteil der Warenszusammenstellung zu Abschnitt VI gehört?

KN Pos 3006:

Einreihung, Tarif, Auslegung, Verbindliche Zolltarifauskunft

Bundesfinanzhof Az: VII R 7/26

Streitig ist, ob ein Erzeugnis, welches als Zahnfüllstoff verwendet wird und aus den Warenbestandteilen "Edelmetallmischung"(Silber, Zinn, Kupfer) sowie Quecksilber besteht, in die Pos. 2843 KN oder in die Pos. 3006 KN einzureihen ist.

Ist die Auflösung einer Positionskonkurrenz durch die ergänzende Anwendung der Anmerkungen 1B und 3 zu Abschnitt VI zulässig, sodass die Ware in Pos. 2843 KN einzureihen ist?

Ist es ausreichend, dass nur ein Bestandteil der Warenszusammenstellung zu Abschnitt VI gehört?

KStG § 21 Abs 2 S 1:

Rückstellung, Beitragsrückerstattung

Bundesfinanzhof Az: I R 15/25

Sind Führungsprovisionen im Rahmen von mit anderen Pensionskassen betriebenen Versicherungskonsortien bei der Ermittlung des steuerlich abzugsfähigen Höchstbetrags der Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattungen gemäß § 21 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 KStG a.F. nicht Teil des sogenannten "selbst abgeschlossenen Geschäfts"?

KStG § 8c Abs 1:

Verlustabzug, Gesellschafterwechsel, Organschaft

Bundesfinanzhof Az: I R 11/25

Zur Anwendung des Verlustabzugsverbots nach § 8c Abs. 1 KStG i.V.m. § 10a GewStG bei unterjährigem Wechsel der Gesellschafter im Falle des Bestehens einer Organschaft - Zur Anwendung des § 8d KStG bei mehrstufiger Organschaft.

UmwStG § 12 Abs 3:

Umwandlungssteuerrecht, Verlustuntergang, Verfassungsmäßigkeit, Unionsrechtmäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: I R 30/25

Zur Verfassungs- und Unionsrechtmäßigkeit des Verlustuntergangs nach § 12 Abs. 3 i.V.m. § 4 Abs. 2 Satz 2 UmwStG.

UStG § 12 Abs 2 Nr 11:

Ermäßigter Steuersatz, Beherbergung, Verpflegung, Parkplatz, Nebenleistung

Bundesfinanzhof Az: V R 8/26 (XI R 11/23; XI R 34/20)

Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Frühstücksleistungen und Parkplatzgestaltung bei einer Hotelübernachtung:

1. Handelt es sich bei Frühstücksleistungen um unselbständige Nebenleistungen zur Übernachtungsleistung, die dem ermäßigten Steuersatz unterliegen, oder fallen diese Leistungen unter das Aufteilungsgebot des § 12 Abs. 2 Nr. 11 Satz 2 UStG und sind mit dem Regelsteuersatz zu besteuern?
2. Dient die Einräumung von Parkmöglichkeiten der Vermietung, so dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Übernachtung und der Parkplatzgestaltung besteht und diese dem ermäßigten Steuersatz unterliegt?

Das Verfahren XI R 11/23 (XI R 34/20) war durch Beschluss vom 10.01.2024 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-409/24 ausgesetzt. Das Revisionsverfahren wurde nach der Entscheidung des EuGH vom 05.03.2026 unter dem Aktenzeichen V R 8/26 (XI R 11/23; XI R 34/20) wieder aufgenommen.

UStG § 12 Abs 2 Nr 11:

Ermäßigter Steuersatz, Beherbergung, Verpflegung, Nebenleistung

Bundesfinanzhof Az: V R 10/26 (XI R 13/23; XI R 7/21)

Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Frühstücksleistungen im Rahmen eines Pauschalangebotes einer Fremdenpension:

Entspricht das in § 12 Abs. 2 Nr. 11 Satz 2 UStG angeordnete Aufteilungsverbot, wonach Verpflegungsleistungen nicht unmittelbar der Vermietung dienen und deshalb nicht ermäßigt besteuert werden, auch nach dem Ergehen des EuGH-Urteils Stadion Amsterdam

vom 18.01.2018 - C-463/16 (EU:C:2018:22) noch Unionsrecht?

Das Verfahren XI R 13/23 (XI R 7/21) war durch Beschluss vom 10.01.2024 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-410/24 ausgesetzt. Das Revisionsverfahren wurde nach der Entscheidung des EuGH vom 05.03.2026 unter dem Aktenzeichen V R 10/26 (XI R 13/23; XI R 7/21) wieder aufgenommen.

UStG § 12 Abs 2 Nr 11:

Ermäßigter Steuersatz, Beherbergung, Parkplatz, W-LAN, Fitnessseinrichtung

Bundesfinanzhof Az: V R 11/26 (XI R 14/23; XI R 22/21)

Unterliegt die Überlassung von Parkplätzen, W-LAN und Fitnessseinrichtungen an Hotelgäste dem ermäßigten Steuersatz für Beherbergungsleistungen (§ 12 Abs. 2 Nr. 11 Satz 1 UStG) oder dem Regelsteuersatz, wenn hierüber keine gesonderten Vereinbarungen getroffen wurden?

Das Verfahren XI R 14/23 (XI R 22/21) war durch Beschluss vom 10.01.2024 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-411/24 ausgesetzt. Das Revisionsverfahren wurde nach der Entscheidung des EuGH vom 05.03.2026 unter dem Aktenzeichen V R 11/26 (XI R 14/23; XI R 22/21) wieder aufgenommen.

UStG § 12 Abs 2 Nr 11:

Ermäßigter Steuersatz, Beherbergung, Verpflegung, Nebenleistung, Gemeinnützigkeit

Bundesfinanzhof Az: V R 9/26 (XI R 12/23; XI R 35/20)

Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Verpflegungsleistungen durch einen gemeinnützigen Verein:

Ist das in § 12 Abs. 2 Nr. 11 Satz 2 UStG angeordnete Aufteilungsgebot, wonach Verpflegungsleistungen nicht unmittelbar der Vermietung dienen und deshalb nicht ermäßigt besteuert werden, nach Ergehen des EuGH-Urteils Stadion Amsterdam vom 18.01.2018 - C-463/16 (EU:C:2018:22) unionsrechtswidrig?

Das Verfahren XI R 12/23 (XI R 35/20) war durch Beschluss vom 10.01.2024 bis zur Entscheidung des EuGH in den Verfahren C-409-411/24 ausgesetzt. Das Revisionsverfahren wurde nach der Entscheidung des EuGH vom 05.03.2026 unter dem Aktenzeichen V R 9/26 (XI R 12/23; XI R 35/20) wieder aufgenommen.

UStG § 12 Abs 2 Nr 7 Buchst c:

Kunst, Graffiti, Ermäßigter Steuersatz

Bundesfinanzhof Az: V R 34/25

Können Graffitikünstler den ermäßigten Steuersatz nach § 12 Abs. 2 Nr. 13 Buchst. a UStG bzw. § 12 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. c UStG beanspruchen?

UStG § 13b:

Steuerschuldner, Bauleistung, Abtretung, Festsetzungsfrist, Zahlungsverjährung

Bundesfinanzhof Az: V R 14/25

Ist es der Finanzverwaltung bis zur Veröffentlichung der BFH-Urteile VIII R 39/18 und V R 3/20 sowie V R 27/20 im BStBl II möglich gewesen, bei der Anwendung des § 171 Abs. 14 AO in den Fällen des § 27 Abs. 19 UStG auf die materielle Rechtsgrundtheorie

abzustellen, so dass bis dahin die Gefahr der Inanspruchnahme für den Bauleistenden bestanden hatte und deshalb bei dem Bauleistenden ein zivilrechtlicher Nachzahlungsanspruch entstanden war, wenn bis zur Veröffentlichung der vorgenannten Urteile im BStBl II nach der materiellen Rechtsgrundtheorie bei ihm noch keine Verjährung eingetreten war?

Kommt es für die Entstehung des zivilrechtlichen Nachzahlungsanspruches nicht auf die objektive Rechtslage an, sondern auf die Auffassung der Finanzverwaltung, da diese mit der Veröffentlichung im BStBl II den Zeitpunkt bestimmt, bis zu dem die Gefahr für den Bauleistenden in Anspruch genommen zu werden besteht?

UStG § 2 Abs 3 S 1:

Juristische Person, Personalgestellung, Unternehmereigenschaft, Leistungsaustausch, Wettbewerbsverzerrung

Bundesfinanzhof Az: V R 16/25

Zur Umsatzsteuerbarkeit der Personalgestellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an eine öffentlich-rechtliche Einrichtung ohne Rechtspersönlichkeit.

UStG § 4 Nr 10 Buchst a:

Vermietung, Hausboot, Haftungsbeschränkung, Versicherungsverhältnis, Nebenleistung

Bundesfinanzhof Az: V R 49/25

Stellen Zahlungen von Mietern zur Haftungsfreistellung (Ausschluss der Selbstbeteiligung) bei Schäden im Zusammenhang mit der Bootsnutzung Entgelte für umsatzsteuerfreie Leistungen des Vermieters dar?

UStG § 4 Nr 16:

Umsatzsteuerbefreiung, Pflegedienst, Ausland, Subunternehmer

Bundesfinanzhof Az: V R 29/25

Können Pflegeleistungen durch einen ausländischen Unternehmer im Inland steuerfrei erbracht werden?